

Parkplätze bleiben das Hauptthema

Informationsveranstaltung der Marketing eG zum Plan – Die Meinungen sind zweigeteilt

Von Karlheinz Jessensky

Moosburg. Es lässt sich nicht wegdiskutieren: Bei den Plänen für eine Umgestaltung des Plans bleibt das Problem der damit wegfallenden und wo auch immer ersatzweise zur Verfügung stehenden Parkplätze das Hauptthema. Bei einer Informationsveranstaltung der Marketing-Genossenschaft (MeG) in der Schafflerhalle gab es viele Wiederholungen und nur wenig Neues zu hören. Die etwa 50 Zuhörer verteilten ihre Sympathien auf kritische Beiträge und Bekundungen von Bürgermeisterin Anita Meinelt zum Vorrang der neuerhofften Lebensqualität auf. MeG-Geschäftsführer Christoph Hübner war ein souveräner und unparteiischer Moderator.



Rund 50 Zuhörer wollten wissen, wie es mit dem Plan weitergeht.

„Mir liegt sehr viel am Plan“, begann Martin Pietsch, leitender Mitarbeiter des Landesamts für Denkmalpflege, seine Stellungnahme. Der Plan sei das Herz Moosburgs und gleichzeitig ein Bodendenkmal. Und ein Bodendenkmal gelte es zu erhalten. Vor etwa einem Jahr hätten 25 Probebohrungen stattgefunden, die gezeigt hätten, dass in etwa einem Meter Tiefe eine Schicht mit Denkmalstrukturen vorhanden sei, vielleicht Gräber, Baudenkmal oder alte Klosterreste. Die Denkmalpfleger begrüßten eine Erneuerung des Platzes, aber mit möglichst wenig Bodeneingriffen. „20 Zentimeter, aber nicht mehr.“ Dass damit nicht einmal ein Spatenstich zur Verlegung der Wasserleitung für die geplanten Wasserspiele möglich wäre, ist damit ebenso klar wie die Tatsache, dass die Vorstellungen von einer Tiefgarage damit endgültig gestorben sind. Spätestens nachdem jetzt gescheiterten Bürgerbegehren der FDP dazu ist diese ohnehin

auf dem neuen Plan werden aber sicher möglich sein, denn Pietsch schränkte seine 20-Zentimeter-Aussage im Verlauf der Versammlung dahingehend ein, dass sich diese auf eine Fläche von etwa 3500 Quadratmetern beziehe. „Auf rund 30 Quadratmetern kann man sich schon erlauben, tiefer zu graben.“ Im Übrigen führte Pietsch auch aus, dass die Erlaubnis für Bodenarbeiten am Plan durchaus das Ergebnis einer Abwägung zwischen Interessen des Denkmalschutzes und der Lebensqualität der Bewohner sei. Die Entscheidung wird das Landratsamt treffen.

Christoph Hübner verwendete breiten Raum auf die Darstellung des bisher Geschehenen, gab aber auch den Diskutanten uneingeschränkt das Wort. Hübner betonte die vielfachen Mitsprachemöglichkeiten der Bevölkerung. Ein Diskutant meinte dazu, bei all dem Gerechtheiten, die meisten schon kapituliert“. Den Plan neu zu ordnen,

Ende des FDP-Bürgerbegehrens und die Tatsache sieht, wie schwer sich SPD-Stadtrat Martin Pschorr mit dem Unterschriftensammeln für „sein“ Bürgerbegehren tut, mag man nicht glauben, dass man mit einem Bürgerbegehren zum Plan-Ausbau generell schon weiter wäre. Der Redner jedenfalls meinte, der Plan habe keine Priorität gehabt. Die Stadt schaffe es ja nicht einmal, den Lastwagenverkehr aus der Stadt herauszuhalten.

FDP-Neumitglied Franz Josef Bachhuber, der offensichtlich mehr wusste als er sagte, versuchte, der Bürgermeisterin eine konkrete Aussage zu entlocken, wo diese weitere Ersatzparkplätze für die am Plan entfallenden in Aussicht habe, wie sie zuvor gesagt hatte. Meinelt blieb verschwiegen; sie dürfe den Namen des Eigentümers noch nicht nennen. „Es gibt mehr Ersatzparkplätze als wegfallen.“ Ein anderer Redner meinte, die gesamten Parkplatzrechnungen seien mit veralteten

diesen Unterlagen nichts zu tun. „Die Zahlen sind nicht mehr aktuell.“ Im Moment ist man im Rathaus dabei, den Siegerentwurf in eine Auftragsvergabe umzusetzen.

Besonders gefragt war in der Fragestunde Rafael Stegen, der verantwortliche ISEK-Planer. Stegen sagte auch, dass eine Tiefgarage allein schon aus finanziellen Gründen nicht machbar sei. Er betonte mehrmals, dass es sich bisher um einen Entwurf handle, „die Welt dreht sich weiter“.

Offensichtlich auch bei den Kosten. Nichts Gewisses weiß man noch nicht, aber Meinelt nannte doch die Zahl 1,5 Millionen Euro, die aufzubringen sicher auch die Anlieger des Plans zur Kasse gebeten werden. Normalerweise mit einem Anteil von 50 Prozent. Meinelt hofft, dass sich weniger heraushandeln lasse, „doch keine Anliegerbeteiligung wäre rechtswidrig“. Geschäftsleute wie Hans Kiermaier und Maria Hirschpointner mahnten eindring-